

Für Klimaschutz und Resilienz

Wie die Wirtschaft krisenfester
und zukunftsfähiger wird.

 Stiftung
KlimaWirtschaft



Impuls: Was die Wirtschaft jetzt von der Politik braucht

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt zu unfassbarem Leid und wirft die Welt, Europa und Deutschland in eine tiefe Krise. Weil dieser Krieg auch als Angriff auf unsere Versorgung mit Energie und Rohstoffen geführt wird, erschüttern unterbrochene Lieferketten, steigende Energiepreise und die Inflation die politische und wirtschaftliche Stabilität. Dadurch werden der gesellschaftliche Zusammenhalt und unsere freiheitliche Demokratie auf eine harte Probe gestellt. Die Bundesregierung ist gefordert, im Verbund mit den europäischen und internationalen Partnern kurzfristig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, Wirtschaft und Arbeitsplätze zu schützen und gleichzeitig einen sozialen Ausgleich zu schaffen.

Die Verletzlichkeit unseres vernetzten, exportorientierten und industriell geprägten Wirtschaftssystems wird im Hinblick auf unsere große Abhängigkeit von fossilen Energien, Rohstoffimporten und globalen Lieferkettensystemen schonungslos aufgezeigt. Weite Teile der Wirtschaft haben längst damit begonnen, ihre Geschäftsmodelle klimafreundlich, energie- und ressourceneffizient sowie zirkulär auszurichten und sich damit zukunftsfähiger und resilienter aufzustellen. Diese Unternehmen brauchen jetzt langfristige Planungssicherheit und Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit von klimafreundlichen Technologien stärken.

Daher gilt es nun, bei kurzfristigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Vermeidung akuter Engpässe bei der Energie- und Rohstoffversorgung lock-in Effekten in fossile Energieträger vorzubeugen. Jenseits des kurzfristigen Krisenmanagements ist es dringend geboten, Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz mit Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise zu verbinden. Klimaschutz, strategische Autonomie und Resilienz müssen ins Zentrum einer neu ausgerichteten deutschen und europäischen Wirtschafts- und Industriepolitik rücken, die den Anforderungen und der Gleichzeitigkeit geo- und klimapolitischer Krisen Rechnung trägt.

Dafür braucht es jetzt einen gemeinsamen Kraftakt – in Deutschland, in Europa und gemeinsam mit unseren internationalen Partner:innen. Als G7-Präsidentschaft und stärkste Volkswirtschaft innerhalb der EU kommt Deutschland dabei eine besondere Verantwortung zu. Jetzt ist die Zeit, kreative Instrumente zu entwickeln, um trotz knapper Kassen in die klimaneutrale Zukunft zu investieren. Um diese Krise zu bewältigen, benötigen wir bei der Erarbeitung von Lösungen mehr Tempo und Pragmatismus.

Um die Sektoren Industrie, Gebäude und Verkehr jetzt krisenfester und nachhaltiger zu machen, hat die Stiftung KlimaWirtschaft im Dialog mit führenden Unternehmen Vorschläge für konkrete Maßnahmen entwickelt.

Industrie

Die Industrie muss in die Lage versetzt werden, die Energie- und Rohstoffkrise zu überstehen und gleichzeitig auf ihrem Pfad in Richtung Klimaneutralität weiter voranzugehen sowie ihrer Verantwortung für den Klimaschutz nachkommen zu können.

Dafür kommt es jetzt darauf an:

- » den Ausbau Erneuerbarer Energien und der dafür notwendigen Netze massiv zu beschleunigen. Wir begrüßen vor diesem Hintergrund die Maßnahmen der Bundesregierung, um die Geschwindigkeit beim Ausbau der Windenergie und der Photovoltaik zu erhöhen. Nun müssen Planungs- und Genehmigungsprozesse deutlich vereinfacht und bundesweit beschleunigt werden. Prüfungen sollten auf ein fachlich notwendiges Maß reduziert werden. Genehmigungen sollten als erteilt gelten, wenn behördliche Bearbeitungsfristen ohne Reaktion der jeweils zuständigen Behörde verstreichen.
- » den Ausbau der Stromnetze mit Hochdruck voranzutreiben. Stromnetzbetreiber sollten durch Anreize ermutigt werden, Investitionen – insbesondere mit Blick auf die Verteilnetzebene – frühzeitig anzustoßen, damit neue Erzeugungseinheiten rechtzeitig angeschlossen werden können.
- » eine vorausschauende Rohstoff- und Lieferkettenstrategie zur Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und Produktionskapazitäten für den Ausbau Erneuerbarer Energien sowie der Stromnetze zu erarbeiten. Hier gehört auch die Entwicklung einer resilienten und multilateralen Strategie für den wirtschaftlichen Import von Erneuerbarer Energie und grünen Wasserstoff auf europäischer Ebene.
- » die Industrie angesichts stark steigender Energiepreise in der Breite zu entlasten, damit notwendige finanzielle Ressourcen für die Transformation nicht aufgezehrt werden. Die Bundesregierung sollte im Dialog mit der Wirtschaft erarbeiten, wie derartige Entlastungen sinnvoll an Gegenleistungen der Unternehmen zur Dekarbonisierung ihres Energiemixes gekoppelt werden können.
- » sowohl die Kreislaufwirtschaft mit einer umfassenden Strategie und Umsetzungsmaßnahmen als auch die Elektrifizierung der Industrie rasch voranzutreiben. Erforderlich sind hierbei Förderprogramme zur Skalierung von industriellen Wärmepumpen und Elektrodenkesseln.
- » das Tempo beim Hochlauf von grünem Wasserstoff deutlich zu erhöhen. Hierfür braucht es einen pragmatischen und praxisnahen regulatorischen Rahmen, der Investitionen nicht erschwert, z. B. bei der Zusätzlichkeit und Gleichzeitigkeit von Stromerzeugung und -verbrauch. Zudem muss der Ausbau der Infrastrukturen für den Import von grünem Wasserstoff beschleunigt werden. Neben dem Bau von Wasserstoffleitungen müssen bestehende Gasnetze zügig umgerüstet werden. Energieintensive Industriecluster mit Wasserstofffokus und hohem Potenzial zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen sollten prioritär an das Leitungsnetz angeschlossen werden.
- » eine CCS/CCU-Strategie im Dialog mit Gesellschaft und Industrie zu entwickeln, die eine Infrastrukturplanung ermöglicht und Investor:innen langfristige Planungssicherheit bietet.

Gebäude

Der Gebäudesektor muss zum Zugpferd für Resilienz und Klimaschutz gemacht werden, indem klimafreundliches Sanieren und Bauen massiv vorangetrieben werden.

Hierbei ist von besonderer Bedeutung:

- » die Sanierungen zunächst auf besonders ineffiziente Gebäude im Bestand zu konzentrieren. Die serielle Sanierung kann hier einen Beitrag dazu leisten, den Personal-, Zeit- und Kostenaufwand zu senken und somit schnell zu großen Effizienzgewinnen führen. Zirkuläre Sanierungskonzepte sollten hierbei vorrangig zur Anwendung kommen und die Dekarbonisierungspotenziale verfügbarer Technologien und Baumaterialien bestmöglich ausgeschöpft werden.
- » ambitionierte Neubaustandards für Gebäude gesetzlich zu verankern, um das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes rechtzeitig zu erreichen.
- » den Einbau neuer fossiler Heizsysteme schnellstmöglich zu beenden und den Erdgaseinsatz durch die Elektrifizierung, Effizienzsteigerung und die Verwendung Erneuerbarer Energien für das Heizen von Gebäuden massiv zu reduzieren. Zudem sollte der Einsatz von Heizsystemen auf Basis Erneuerbarer Energien stärker incentiviert werden. Die Zielvorgabe von 65 Prozent Erneuerbare ab 2024 muss jetzt im GEG verankert werden, um eine klare Botschaft an Hersteller:innen, Handwerker:innen und Verbraucher:innen zu senden. Die Bundesregierung muss zudem Maßnahmen ergreifen, um derzeit bestehende Hürden zur Zielerreichung (z. B. Engpässe bei der Lieferung technischer Komponenten und Fachkräften) zu adressieren.
- » den Wärmepumpenhochlauf mit einer pro-aktiven Industriepolitik zu unterstützen: Mehr Produktionskapazitäten, mehr Fachkräfte, mehr Fortbildungsangebote. Dafür benötigen wir einen pragmatischen und realistischen Rechtsrahmen auf nationaler und EU-Ebene (z. B. im Hinblick auf Kältemittel).
- » auch im föderalen System gilt es, einen vereinfachten regulatorischen Rechtsrahmen zu schaffen, der jetzt Effizienzgewinne im Gebäudesektor in die Fläche bringt. Die 16 landeseigenen Bauordnungen bremsen das schnelle Umsetzen von Sanierungsvorhaben aus.
- » klimaneutrale Fernwärme für dicht bebaute Quartiere bereitzustellen. Hierfür braucht es auf Bundes- und Landesebene eine verbindliche kommunale Wärmeplanung und einen neuen Regulierungsrahmen für die Fernwärme, der mehr Flexibilität bei der Preisregulierung bietet.

Verkehr

Der Verkehrsbereich muss stärker in den klimapolitischen Fokus genommen werden.

Hierbei kommt es vor allem darauf an:

- » die Verkehrswende weiter zu beschleunigen. Die Antriebswende und eine Verlagerung von Verkehrsströmen auf den Umweltverbund erfordern zielgerichtete Preissignale. Dafür muss die CO₂-Bepreisung im Verkehrssektor mit dem ETS 2 ab 2028 auf EU-Ebene wirksam umgesetzt und schrittweise bis dahin auch auf nationaler Ebene in sozialverträglicher Weise weiterentwickelt und gestärkt werden. Auf nationaler Ebene müssen wir schon jetzt sicherstellen, dass Preiseffekte ihre lenkende Wirkung nicht verfehlen. Entlastungen, die mit der Gießkanne verteilt werden – wie beispielsweise der Tankrabatt – verlangsamen die Transformation des Sektors.
- » die Verkehrsverlagerung zum Umweltverbund zu forcieren und klimafreundliche Verkehrsträger stärken. Dafür muss mutig und langfristig in das Schienennetz investiert werden, beispielsweise in die Digitalisierung des Netzes. Zudem muss die Kombinierbarkeit von Verkehr erleichtert werden, unter anderem durch den Ausbau von Gleisanschlüssen und dem Standardisieren von Maßen und Gewichten von Lastkraftwagen und Trailern.
- » einen klaren regulatorischen und fiskalischen Rahmen für die Antriebswende im Straßenverkehr zu schaffen. Neben einer effizienten Förderung der Ladeinfrastruktur mit Fokussierung auf Netzanschlusskosten, Netzentgelte und der Ausweisung ausreichender Flächen ist eine Anpassung der Dienstwagenbesteuerung und die Einführung eines Bonus-Malus-Systems bei der KfZ-Steuer erforderlich, um den Umstieg auf klimafreundliche Fahrzeuge zu beschleunigen und sozialverträglich zu gestalten.
- » für Transporte auf Kurz- und Langstrecke braucht es eine Technologie-Roadmap mit einem Umsetzungszeitrahmen und differenziertem Politik- und Verkehrsträger-Mix. Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur für aussichtsreiche Technologien, die die Energiesicherheit und den Klimaschutz voranbringen, müssen jetzt getätigt werden. Im Flug- und Seeverkehr müssen der Bedarf an grünem Wasserstoff und eFuels zeitnah gedeckt und die dafür erforderlichen Transportkapazitäten ausgebaut und intermodal mit der Schiene verknüpft werden.
- » die temporäre Einführung eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen von 120 km/h hilft unmittelbar, um in der Krise den Verbrauch von Treibstoff einzusparen und gleichzeitig Emissionen zu mindern.

Für eine zukunftsfähige und krisenfestere Wirtschaft muss Klimaschutz Geschäftsmodell werden

Die Wirtschaft steht in dieser Krise bereit, gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und ihren Teil für Klimaschutz, strategische Autonomie und Resilienz beizutragen. Für ihren wirtschaftlichen Erfolg brauchen die Unternehmen allerdings den richtigen politischen Rahmen, um Klimaschutz konkret umzusetzen. Darüber hinaus muss die öffentliche Beschaffung als sektorübergreifender Hebel für die Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten vergrößert werden und so die Transformation der Wirtschaft beschleunigen. Wenn wir Klimaschutz zur Säule wirtschaftlicher Geschäftsmodelle machen, wird er eine wichtige Rolle dabei spielen, unsere Wirtschaft zukunftsfähiger und krisenfester aufzustellen.



Sabine Nallinger,
Vorständin, Stiftung KlimaWirtschaft

„Mit mehr Klimaschutz aus der Krise“ – das ist die Botschaft der Stiftung KlimaWirtschaft. Denn gerade in Zeiten der Energiekrise muss gelten: Ambitionierter Klimaschutz und wettbewerbsfähiges Wirtschaften sind kein Widerspruch, sondern müssen Treiber eines industriellen und gesellschaftlichen Modernisierungsprojektes werden, das Arbeitsplätze, Wohlstand und unsere Zukunft nachhaltig und resilient absichert.“

Impressum

Stiftung KlimaWirtschaft

Liniestraße 139/140 – Aufgang B, 5. OG
10115 Berlin

[klimawirtschaft.org](https://www.klimawirtschaft.org)

Telefon: +49 (0)30 – 2021 4320

E-Mail: stiftung@klimawirtschaft.org

V.i.S.d.P: Sabine Nallinger

Koordination und Mitarbeit:

Martin Kaul, Dr. Daniel Vallentin, Kolja Zajicek,
Aline de la Sauce, Ronja Busch, Yvonne Mrukwa,
Dr. Mikiya Heise

Design, Satz & Layout:

Sabrina Blumenthal – Art Direktion & Grafik Design
[sabrinablumenthal.com](https://www.sabrinablumenthal.com)

Kontakt: martin.kaul@klimawirtschaft.org

Veröffentlicht: Juli 2022